

Stellungnahme der CDU-Fraktion
zum Tagesordnungspunkt
"Sanierung und Neunutzung des Rothackerschen Hauses"
der Gemeinderatssitzung vom 21.07.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Pörtl,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Stephan,
werte Kollegen des Gemeinderates,

"Rothackersches Haus" - mit diesem Begriff kann wohl fast jeder Schwetzingen Bürger etwas anfangen.
Für die Einen ist es ein historisches Gebäude mit einer spannenden Geschichte, für die Anderen ein altes Haus mitten in Schwetzingen, welches seit Jahren leer steht und langsam aber sicher verfällt.

Damit dieser Zustand nicht so bleibt, stimmen wir heute darüber ab, ob es renoviert bzw. saniert, mit einem Neubau versehen wird und somit ein Kleinod im Herzen der Stadt entstehen kann.

Dieses Projekt muss allerdings von zwei Seiten betrachten werden:

Da sind zunächst einmal die enormen Kosten von ca. 16,5 Mio Euro, die auch dadurch zu Stande kommen, da es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt und deshalb nicht einfach abgerissen werden kann.

Betrachten wir die momentane Finanzlage der Stadt, bekommen wir als CDU Bauchweh, wenn solche Summen für ein Projekt aufgerufen werden, welches für unsere Stadt nicht unbedingt essentiell wichtig ist. Im Gegensatz zu manch anderer Partei sind wir als CDU immer darauf bedacht solide zu wirtschaften und Ausgaben nur zu tätigen, wenn sie sinnvoll sind oder wir sie uns leisten können.

Leider leben wir momentan in einer verrückten Zeit, in der uns unter anderem ein kleines Virus gezeigt hat, wie aus einer guten Finanzlage einer Stadt innerhalb kürzester Zeit ohne eigenes Zutun ein angespannter Haushalt entsteht.

Daher sehen wir uns gezwungen jegliche Ausgaben kritisch zu hinterfragen.

Vor allen Dingen sollte der errechnete Kostenrahmen keinesfalls überschritten werden.

Die Verwaltung muss deshalb hier weiterhin mit Maß und Ziel vorgehen. Positiv zu bewerten ist, dass es gelungen ist Fördergelder in Höhe von 2 Mio Euro zu generieren, die das Ganze etwas entzerren.

Das darf aber nicht das Ende der Bemühungen sein, die Suche nach möglichen Sponsoren sollte deshalb weiter verfolgt werden.

Dem gegenüber stehen aber auch die Vorteile eines solchen Projektes: Durch die umfangreiche Renovierung des Altbaus sowie dem geplanten modernen Anbau wird es möglich sein den lange gehegten Wunsch, vieler Schwetzingener Bürger, nach einem Spargelmuseum hier zu verwirklichen. Zudem wäre es möglich das etablierte Karl-Wörn-Haus, mit seinen abwechselnden Ausstellungen, hier zu integrieren, sodass ein umfangreiches kulturelles Angebot in Mitten der Stadt entsteht.

Dauerausstellungen im historischen Gewölbekeller würden dieses Angebot noch abrunden.

Die Ansiedelung der Stadtinformation im Anbau wäre eine gelungene Bereicherung für Touristen und Einheimische und die Schaffungen eines Cafés mit Restaurant würde das Ganze als zentralen Anlaufpunkt komplettieren.

Die Betreiber dieser Lokalität sollten in der Lage sein flexibel auf die Gegebenheiten zu reagieren. Ein Bus mit 50 Tagesgästen sollte hier genauso seinen Platz finden wie Besucher der Festspiele nach einem Konzert am Abend. Bei der Vergabe der Konzession sollte hier die Verwaltung besonders darauf achten.

Bei der Planung der Räumlichkeiten müssen jedoch auch die Schwetzingener Vereine bedacht werden, welche unter großer Raumnot leiden. Die neuen Räume sollten deshalb so gestaltet sein, dass Treffen und Veranstaltungen von Vereinen möglich sind.

Flexible Raumgestaltungen ist hier unbedingt erforderlich, um allen Vereinen und Gruppierungen gerecht zu werden.

Betrachtet man das Bauvorhaben als Ganzes, bleibt festzustellen, dass hier ein erheblicher Mehrwert für die Schwetzingener Bürgerschaft entstehen könnte, auch wenn der finanzielle Aufwand sehr groß ist

Das Konzept aus einem alten denkmalgeschützten Gebäude im Herzen der Stadt einen neuen Ort der Begegnung zu machen, erscheint schlüssig.

Nach lebhaften Diskussionen über das Für und Wider dieses Bauvorhabens innerhalb unserer Fraktion konnten wir uns nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen.

Vor allen Dingen die zusätzliche finanzielle Belastung für unsere Bürger ist hier für uns nicht einfach weg zu diskutieren.

Aus diesem Grund werden wir bei der folgenden Abstimmung nicht einheitlich votieren.